

VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

Ursula Carpenter

Thema:	Bridge Over Troubled Waters: Putting Transatlantic Relations Back on Track
Veranstalter:	American Enterprise Institute, www.aei.org
Art:	Vortrag
Datum:	14.12.2005
Zeit:	12:15 – 14:00 Uhr
Ort:	American Enterprise Institute

Begrüßung: Christopher Demuth, President, AEI

**Redner: Daniel Fried, Assistant Secretary
Bureau of European and Eurasian Affairs
U.S. Department of State**

Botschafter Daniel Fried, seit Beginn des Jahres Assistant Secretary für Europa- und Eurasien-Angelegenheiten im US-Außenministerium und vormaliger enger Berater von Condoleezza Rice im Nationalen Sicherheitsrat, ergriff die Gelegenheit, zum Jahresende unmittelbar nach seiner Rückkehr von der Europa-Reise mit der US-Außenministerin, auf die transatlantischen Beziehungen im Jahr 2005 zurückzublicken und auf die Erwartungen an die europäisch-amerikanischen Beziehungen für das Jahr 2006 vorauszuschauen.

Er bedauerte es, daß die in Europa andauernde Kontroverse über die Verschleppungen von Terrorverdächtigen durch die CIA die positiven Errungenschaften der transatlantischen Beziehungen überschattet hätten. Das Motto, das im Jahr 2005 von der Bush-Administration immer wieder betont wurde, sei die Aufgabe, die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Stärken der transatlantischen Partner für die Unterstützung von Freiheit und Demokratie in der Welt zu nutzen. Diese Priorität und diesen Wunsch habe Präsident Bush bereits in seiner zweiten Antrittsrede und anlässlich seines Europa-Besuches klar zum Ausdruck gebracht. Seither habe es deutliche Fortschritte in der transatlantischen Zusammenarbeit gegeben. Insbesondere begrüßte Botschafter Fried in diesem Zusammenhang die Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 30. November, in der sie ankündigte, sich gemeinsam mit den USA auch künftig für Frieden, Demokratie und Freiheit in der Welt einzusetzen, und in der sie die Rolle der NATO als zentralen Ort des transatlantischen sicherheitspolitischen Dialoges würdigte. Auch habe Europa durch Unterstützung von Demokratiebewegungen "von Belarus bis Burma" bereits in diesem Jahr eine wichtige Rolle an der Seite der USA gespielt. Vor allem in der Rolle europäischer Regierungen in der BMENA-Initiative zeige sich, daß Europa und die USA nicht als Kontrahenten, sondern als Partner in einer gemeinsamen Freiheitsagenda agierten. Das

Aufeinanderzugehen der Amerikaner auf die Europäer spiegele sich in den jüngsten positiven Umfrageergebnissen des *German Marshall Fund*, in denen sich 75 Prozent der Europäer für ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Handeln bei der amerikanischen Freiheitsagenda ausgesprochen hätten.

Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen gelte es, im Jahr 2006 von den konvergierenden transatlantischen Theorien zu konkreter Zusammenarbeit überzugehen. Als Ziele nannte Botschafter Fried die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Balkan (Kosovo), den neuen Nachbarregionen Europas im Osten (Ukraine, Weißrussland, Taschkent) und im Nahen Osten (Stärkung der NATO-Rolle). Die Brennpunkte der transatlantischen Zusammenarbeit für 2006, so Fried, lägen jedoch im Irak, in Iran und in der BMENA-Region.

Mit Blick auf die in den USA geführte negative Debatte zu Irak, verlief die europäische Diskussion eher positiv. So seien die jüngsten Äußerungen von Premierminister Dominique de Villepin ein Indiz dafür, daß sich in Europa eine Wende abzeichne. Denn Europa sähe inzwischen ein, daß es auch erfolgreiche Entwicklungen im Irak gebe und daß sich ein Einsatz für Reformen und Stabilität in dieser Region lohne. Nun sei es an Europa, diesen Erkenntnissen gemäß zu handeln.

Hinsichtlich der Entwicklungen in Iran seien zwar keineswegs alle Probleme beseitigt, jedoch würden die Vereinigten Staaten auch in Zukunft eng zur Unterstützung der EU-3-Verhandlungen mit den Europäer zusammenarbeiten. Die jüngsten Äußerungen des iranischen Präsidenten über den Holocaust und Israel bezeugten wiederum, daß Iran weiterhin nicht von seinen nuklearen Ambitionen abrücke, weiterhin Terrorismus unterstütze und weiterhin Demokratie ablehne. Diese Ideologie sei mit dem gegenwärtigen Regime in Iran verbunden, nicht jedoch mit dem iranischen Volk. Iran sei eine großartige Zivilisation und habe großes Potential. Gerade deshalb solle der internationale Druck auf Iran verstärkt werden. Die Demokratien der Welt seien jetzt dazu aufgerufen, auf Iran zuzugehen und eine Demokratie-Agenda für das Land zu erstellen.

Botschafter Fried zeigte sich erfreut darüber, daß die ursprünglichen Zweifel der Europäer an der BMENA-Initiative inzwischen vergessen seien. Die jüngsten Vorstöße zur Demokratieförderung in dieser Region beim *Forum for the Future* in Bahrain seien ein Beispiel dafür, was die transatlantische Partnerschaft erreichen könne, wenn die USA und Europa ihre Stärken und Prinzipien hinter die Reformbewegung dieser Länder stellten. Aufbauend auf diesem guten Start gelte es, im Jahr 2006 weiterhin diese Region in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen und sie schließlich in die Lage zu versetzen, die Reformen selbst vorzunehmen.

Abschließend betonte Fried, daß sich auch in Zukunft die Vereinigten Staaten theoretisch immer die Option unilateralen Handelns vorbehielten, appellierte

jedoch dazu, in Zukunft mit vereinten Kräften voranzuschreiten: "Wir müssen es besser machen!"